K3-048-2 Wahlprogramm Kapital 3: L(i)ebenswerte Stadt

Antragsteller*in: Jenny Schlosser (AG Tierschutz)

Änderungsantrag zu K3

Von Zeile 47 bis 48 einfügen:
Tierhalter*innen ein. Die wichtige Arbeit der Tierheime wollen wir besser würdigen und finanzieren. Tierschutzorganisationen stärken wir mit einem neuen Verbandsklagerecht. Wir unterstützen die erfolgreiche Brandenburger Volksinitiative gegen Massentierhaltung, indem wir im Landwirtschaftsstaatsvertrag zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg die artgemäße Haltung von Nutztieren in der Region festschreiben. Darüber hinaus werden wir im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf die Risiken der industriellen Massentierhaltung für die Gesundheit, die Umwelt, die Natur, das Wasser und das Klima hinweisen.

Begründung

Wir wollen eine Landwirtschaft, die hohe Standards an den Tierschutz einhält. Dies kann mit der Aufnahme von Vorgaben zu einer artgemäßen Haltung in den Landwirtschaftsstaatsvertrag zwischen Berlin und Brandenburg erreicht werden. Wir wollen zusätzlich hervorheben, dass Massentierhaltung nicht nur eine tierschutzpolitische Dimension hat, sondern mit der industriellen Massentierhaltung auch andere weitreichende Folgen verbunden sind, wie gesundheitliche Auswirkungen durch einen hohen Fleischverzehr, Rückstände von Antibiotika im Fleisch, Nitratbelastungen des Grundwassers und Überdüngung der Ackerböden durch Gülle und ein hoher CO^2-Ausstoß durch die Viehhaltung.

Unterstützer*innen

Claudia Hämmerling (KV Pankow) (AG Tierschutz); Christina Söhner (KV Neukölln) (AG Tierschutz); Rhea Niggemann (KV Neukölln) (AG Tierschutz); Theresa Theune (KV Pankow); Frank Bertermann (KV Mitte); Stefan Gelbhaar (KV Pankow); Bartosz Lotarewicz (KV Lichtenberg); Dr. Turgut Altug (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Bettina Borgemeister (KV Mitte); Oliver Timm (KV Neukölln); Konstantinos Tsilimekis (KV Neukölln) (AG Tierschutz); Axel Lüssow (KV Pankow) (AG Tierschutz); Julia Dollinger (KV Friedrichshain-Kreuzberg) (Grüne Jugend); Sibylle Steffan (KV Neukölln) (Grüne Jugend); Julia Maria Sonnenburg (LAG Frauen- und Geschlechterpolitik)